

BESCHLUSS

Linksextremismus den Kampf ansagen

Einleitung

Der G20 Gipfel 2017 in Hamburg ließ Deutschland linke Gewalt erleben, welche es in diesem Ausmaß so bisher nicht gegeben hat - „Wie im Krieg“ titelte der Spiegel. Unter dem Motto „Welcome to Hell“ versammelten sich ca. 12.000 Demonstranten, von denen die Polizei zweidrittel als gewaltbereit einstufte. Diese demonstrierten gegen den G20-Gipfel, den Kapitalismus und die Globalisierung. Anstatt dies auf eine friedliche Art und Weise zu tun, verhielten sich zahlreiche Linksextremisten gegenüber den Polizeibeamten gewalttätig, zündeten Autos an und verwüsteten mehrere Geschäfte in Hamburgs Schanzenviertel.

Diese Geschehnisse verdeutlichen, dass der Linksextremismus kein „aufgebauchtes Problem“ ist. Vielmehr muss der Linksextremismus endlich mit voller Härte bekämpft werden, damit sich Szenarien wie in Hamburg nicht wiederholen.

Mehr Sicherheit schaffen

Es ist nicht tolerierbar, dass Linksextremisten eine deutsche Stadt zu einem Kriegsschauplatz machen, Barrikaden errichten und sich auf Häuserdächern verschanzen, um Polizisten mit Steinen oder Molotow-Cocktails zu attackieren. Wenn die Polizeibeamten die jeweilige Lage erst nach einem SEK-Einsatz unter Kontrolle bringen können, müssen von der Politik schleunigst Maßnahmen ergriffen werden. Um künftige Eskalationen zu vermeiden, müssen die Befugnisse der Polizeibeamten deutlich erweitert werden. Dazu brauchen wir ein strikteres Versammlungsrecht, bspw. „Bannmeilen“ für besonders sensible Großereignisse mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, das nachhaltige und konsequente Verbot von Protestcamps, die sich – wie befürchtet – als Ausgangspunkt von Gewalttaten erwiesen haben. Sollten die Polizeibeamten die Lage dennoch nicht kontrollieren können. Um dieser Gewalt Herr zu werden, ist eine personale Verstärkung der Polizeikräfte unbedingt notwendig. Auch die Verwendung von Gummigeschossen sollte speziell ausgebildeten Polizeibeamten ermöglicht werden. Weiterhin ist über eine Unterstützung der Bundeswehr im Inneren nachzudenken und ein entsprechendes Gesetz zu schaffen, welches die Rechtsgrundlage dafür schafft, dass die Bundeswehr unter genau definierten Voraussetzungen, zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und/oder in Terrorismuslagen herangezogen werden darf.

Weitergehend dürfen rechtsfreie Räume, wie beispielsweise die Rote Flora in Hamburg, nicht weiter toleriert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Extremisten als Planungsstätten dienen und ihnen Rückzugsorte vor dem Rechtsstaat bieten. Gegen diesbezüglichen Widerstand muss der Staat mit voller Härte durchgreifen.

Daher fordert die CDU Schleswig-Holstein:

- Eine erweiterte Befugnis zur Nutzung von Gummigeschossen der Polizeibeamten.
- Konsequente Räumung besetzter Räume und Grundstücke des linksextremen Spektrums
- Verschärfung des Versammlungsrechts und eine konsequente Verfolgung bei Verstößen gegen das Versammlungsverbot.